

Straßendemonstrationen warnten aus Angst, die zarten Nerven der Bourgeoisie zu beunruhigen, sind wieder einmal glänzend ab absurdum geführt worden. Die Eröberung des Rechts auf die Straße ist ein Span, der beim Fällen des preussischen Wahlrechtsbaumes gefallen ist. Freuen wir uns dieses Spans, vergessen wir aber nicht, daß es sich nicht um den Span, sondern um den Baum handelt.

Die Würfel sind gefallen.

Die gestern vom Reichsamt des Innern im Reichstagsgebäude abgehaltene Konferenz mit den Vertretern der Bauarbeiter und der Bauunternehmer ist an der Dürftigkeit der Unternehmerrseite gescheitert.

Die Regierung hatte es für ihre Pflicht gehalten, im letzten Augenblick noch zu versuchen, unter den streitenden Parteien eine Einigung herbeizuführen. Die Unternehmer glaubten aber, an ihren Forderungen um jeden Preis festhalten zu müssen, und so scheiterten denn die Verhandlungen.

Von den Bauarbeitern waren die Vorstehenden des Zentralverbandes der Zimmerer, der Maurer und der Bauhilfsarbeiter, die Genossen Schrader, Bömelburg und Behrendt erschienen; der Verband der christlichen Bauarbeiter war durch drei Vorstandsmitglieder vertreten. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte mit seiner Vertretung die Dreizehnerkommission beauftragt; außerdem waren noch zahlreiche Unternehmer anwesend. Geheimer Regierungsrat Dr. Wiedefeld leitete die Verhandlung. Er betonte eingangs, daß diese Konferenz im Auftrage des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern und des preussischen Handelsministers einberufen sei. Im allgemeinen lehnten es die Reichsregierung und die preussische Regierung ab, sich in wirtschaftliche Kämpfe einzumischen, hier aber hätten sie von dem Prinzip Abstand genommen, vor allem, weil es sich um die Interessen von Millionen von deutschen Reichsangehörigen handelte. Die Regierungen betrachteten es als ihre Mission, die beiden Parteien einander näherzubringen, und er schlage deshalb vor, drei Unparteiische zu wählen, aus einer Art Schiedsgericht die strittigen Punkte zur Entscheidung vorzulegen seien. Diese drei Unparteiischen sollen bei den Verhandlungen den Vorsitz führen.

Nach kurzer Beratung erklärten sich die Vertreter der Bauarbeiter mit diesem Vorschlag einverstanden, nur müßten sie die Zustimmung ihrer Vorstandskollegen noch einholen, doch würden sie diese ohne Zweifel erhalten. Im Gegensatz dazu lehnten die Unternehmer den Vorschlag der Regierung rundweg und ohne jede Motivierung ab. Nunmehr schlug Geheimrat Wiedefeld vor, die 4 oder 5 Hauptstreitpunkte zu besprechen, um zu sehen, ob man auf diese Weise zu Vereinbarungen komme. Die Unternehmer erklärten sich grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, forderten aber zuvor, daß die Verbände der Arbeiter ihre Resolutionen, die sie am 6. April gefaßt haben, wieder aufheben. Auch Bömelburg erklärte die Geneigtheit der Arbeitervertreter zu Verhandlungen, setzte aber voraus, daß die Unternehmer zuvor bereit seien, über die Beschlüsse ihrer Dresdner Generalversammlung mit sich reden lassen. Nunmehr richtete Geheimrat Wiedefeld an die Parteien nochmals die Frage, ob die strittigen Punkte beraten werden sollen oder nicht. Die Vertreter der beiden Parteien zogen sich hierauf zu Sonderberatungen zurück. Das Ergebnis war folgendes: Die Unternehmer wollten in die Besprechung eintreten, sie forderten aber, daß zunächst die Frage der Arbeitszeit besprochen werde. Bekanntlich haben die Unternehmer im Jahre 1907 in Köln beschlossen, daß die Arbeitszeit nicht unter 10 Stunden verkürzt werden dürfe. Die Herren verlangten nun, daß bevor weiter verhandelt werde, die Arbeiter sich diesem Diktum einfach fügen. Sie erklärten ausdrücklich, an dem Kölner Beschlusse würden sie nichts ändern. Bömelburg erwiderte hierauf, daß die Arbeiter bereit seien, alle strittigen Punkte zu besprechen, aber es sei notwendig, daß auch in der Frage der Arbeitszeit die Bahn frei gemacht werde, d. h. die Unternehmer müßten auch über diese Frage verhandeln, sich aber nicht strikte an ihren Kölner Beschluß binden. Da die Unternehmer sahen, daß die Arbeiter ihre Forderungen nicht ohne weiteres akzeptierten, beantragten sie, die Verhandlungen abzubrechen. Geheimrat Wiedefeld bemühte sich zwar, neue Ausgleichsvorschläge zu machen, aber die Unternehmer erklärten rundheraus, daß sie überhaupt nicht bereit seien, neue Vorschläge auch nur entgegenzunehmen.

So sind denn die Würfel gefallen. Die Verhandlungen sind endgültig gescheitert und die Dinge werden ihren schicksalsschweren Lauf nehmen. Auch aus diesen Verhandlungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Bauunternehmer den Krieg wollen, daß ihnen an Verhandlungen gar nichts gelegen ist. Das beweist auch ferner das Ergebnis der geheimen Sitzung, die sie nach den gescheiterten Einigungsverhandlungen im Architektenhaus in Berlin abgehalten haben, und in der sie einstimmig beschlossen, mit Ausnahme von Hamburg und Berlin, die Bauarbeiter in ganz Deutschland am 15. April auszusperren. Es liegt ihnen eben nichts am Frieden, sie wollen den Kampf um jeden Preis, den Kampf, der der Organisation den Garaus machen soll. Das Los von Hunderttausenden ist ihnen dabei gleichgültig. Sie wollen ihre Macht konsolidieren, müge da kommen, was da wolle. So tragen sie nun auch die Verantwortung für ihr triviales Treiben und für den ungeheuren Schaden, den das gesamte deutsche Wirtschaftsleben durch den von ihnen heraufbeschworenen Kampf erleiden wird.

X. Verbandstag der Dachdecker.

k. Dresden, 9. April 1910.

Am hiesigen Volkshause tritt am Montag der zehnte Verbandstag des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands zusammen. In einer außerordentlich kritischen Zeit im Baugewerbe haben die Delegierten der Dachdecker zu entscheiden, wie sie ihr Verbandschicksal durch die hochgehende Flut steuern. Am Vordergrunde der Verhandlungen steht die Verschmelzungfrage mit dem in Leipzig gegründeten Bauarbeiterverband. Weit über 50 Anträge sind allein zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellt und fast alle in zustimmendem Sinne, so daß dieser Verbandstag aller Voraussicht nach eine Urabstimmung beschließen wird. Ein großer Prozentsatz der Anträge befaßt sich mit der Arbeitslosenunterstützung, für die sich bisher noch keine Mehrheit fand. Besondere lebhafte Debatten dürfte ferner die Tariffrage hervorrufen. Bis vor wenigen Jahren noch ganz unbekannt, hat sich der Tarif im Dachdeckerberuf bereits eine dominierende Stellung erworben, und schon taucht auch hier die Frage des Reichstaxtarifs auf.

Aus dem Geschäftsbereich für die letzten 2 Jahre ist zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Krise schwere Opfer gefordert hat. Die Arbeitslosigkeit nahm einen ganz gewaltigen Umfang an. Trotzdem ist die Mitgliederzahl des Verbandes stabil geblieben.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen in der Bauindustrie standen nicht im Zeichen des gewöhnlichen Fortschritts, der Niedergang der Bauindustrie hemmte die erwünschten Unternehmungen. Doch haben in den meisten Orten die alten Tarife zum Teil mit Verbesserungen erneuert, auch in einer Anzahl von Orten neue Tarife abgeschlossen werden können. Im ganzen hat der Verband in den zwei Jahren in 101 Orten Lohnbewegungen durchzuführen müssen. Diese verteilten sich auf 833 Betriebe mit 4494 Kollegen. In 37 Fällen fand die Bewegung einen friedlichen Abschluß. An Streiks und Aussperrungen waren 829 Kollegen mit 1703 Tagen beteiligt. Die größten Lohnerhöhungen betragen bei 2014 Beteiligten 4031 Pf. pro Woche, und die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung bei 564 Kollegen 1935 Stunden. Für 2770 Kollegen wurden korporative Arbeitsverträge abgeschlossen. Die Ausgaben für die Lohnkämpfe, Aussperrungen usw. beliefen sich auf 40 000 Pf. In der Agitation hat es der Verband nicht fehlen lassen. Ein natürliches Demotivum läßt aber gerade in diesem Verufe dabei auf große Schwierigkeiten hoffen. Die Dachdecker sind nämlich in zahllosen kleinen Betrieben über das ganze Land zerstreut, wofür oft nur unter großen Opfern an Zeit und Geld zu gelangen ist. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus wäre eine Verschmelzung für die Dachdecker von außerordentlicher Bedeutung. Organisiert sind bis jetzt 6500 Kollegen, das sind etwa 75-80 Prozent der organisationsfähigen Berufsausgehenden. Andersorganisierte gibt es in diesem Verufe nur ganz wenig. Nur im Gau Ost werden einige christlich organisierte Dachdecker erwähnt, und ebenso einige zerstreute in Rheinland-Westfalen. Wo sie aufzutreten sind, wie in Danzig, haben sie keine Vorbereitungen gemacht.

Der Bauarbeiterschutz ist auch im Dachdeckerberuf mangelhaft. Die Zahl der Unfälle ist deshalb in diesem Verufe sehr groß. Im Jahre 1908 waren allein 107 Unfälle zu verzeichnen, davon 34 tödlich. Im Jahre 1909 waren es 123 Unfälle und davon 25 tödlich. Die Frage der Arbeitsnachweise liegt bei den Dachdeckern vielfach noch sehr im Argen. In den Händen der Weisellen befinden sich nur wenige Arbeitsnachweise; der paritätische Arbeitsnachweis ist aber mehrfach eingeführt worden, doch vermissen auch hier die Unternehmer, ihn einseitig in ihre Hände zu bekommen.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 190 765,91 Mark, die Ausgaben 144 133,75 Mark, so daß ein Kassensaldo von 51 232,56 Mark vorhanden ist. An Unterweisungen wurden insgesamt über 60 000 Mark an die Mitglieder gezahlt. Für Agitation wurden ziemlich hohe Posten veranlagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Heeresverwaltung als Streikbrecheranwerber für die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft.

Der Metallarbeiterverband nagelt jetzt wieder einmal einen unglaublichen Skandal bei der Heeresverwaltung der königlichen Betriebe zu Spandau fest. In der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin ist wegen der in der wirtschaftlich ungünstigen Zeit wieder recht deutlich arbeiterfeindlich gewordenen Leitung in einer Abteilung ein Streik ausgebrochen. Im Zusammenhang damit wurde in den Spandauer Betrieben der königlichen Heeresverwaltung am 7. d. M. der folgende Anschlag ausgehängt:

Ein Vertreter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wird heute nachmittags hier eintreffen, um sich bei den Arbeitern zwecks Einstellung über ihre Fertigkeiten zu unterrichten. Sämtliche gekündigte Arbeiter haben sich von 2 Uhr ab bereit zu halten. Vorstellung erfolgt gewerkweise im Sitzungszimmer. Spandau, den 7. April 1910.

ges. Köhler, Oberst und Direktor.

Der Herr Oberst betrachtet also den Staatsbetrieb als einen Kasernenhof und die Arbeiter als militärische Untergebene, die auf seinen Pfiff zu gehorchen haben. Als wären die Arbeiter austangierte Dienstpferde, werden sie einfach zu einer bestimmten Stunde an einen bestimmten Ort befohlen, wo sie sich den Kauflustigen vorzustellen haben. Dieser Eingriff der Verwaltung der Spandauer Staatsbetriebe in die persönliche Freiheit der Staatsarbeiter ist einfach unerhört. Er kennzeichnet aber trefflich das System, das in Preußen herrscht, wonach jeder Arbeiter nur ein Teil des lebenden Betriebsinventars ist, das man nach Belieben kauft und verkauft. Dazu kommt noch, daß vorsichtigen Arbeitern direkt vorgelesen worden ist, in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft bestünde zurzeit kein Streik. Hoffentlich hat der Appell des Metallarbeiterverbandes, der die in den Staatsbetrieben gekündigten Arbeiter zur Solidarität auffordert, vollen Erfolg.

Deutsches Reich.

Zur Bewegung im Baugewerbe.

In Oldesloe (Holstein) ist es zu einer Einigung gekommen. Die Unternehmerorganisation wollte von dem Vertragsmuster des Arbeitgeberbundes nichts wissen, infolgedessen war die Verhandlung verhältnismäßig leicht. Der vereinbarte Tarif sieht folgende Lohnsteigerungen vor: am 1. Mai 1910 2 Pfa., am 1. September 1910 3 Pfa. und am 1. Mai 1912 weitere 2 Pfa. Der Stundenlohn erhöht sich dadurch für Maurer und Zimmerer von 53 auf 60 Pfa., für Bauhilfsarbeiter von 43 auf 50 Pfa. Der Tarif gilt bis zum 1. Mai 1913.

In Reinbeck (Pommern) gehören die Unternehmer dem Arbeitgeberbunde an, lassen sich aber doch nicht mit dem Vertragsmuster einfeilen, sondern haben die Arbeiterorganisationen um Verhandlungen gebeten. Da durch das Fehlen der Bergewaltigungsanträge die größten Schwierigkeiten behoben sind, so dürfte auch hier eine Einigung erzielt werden.

Auf der Zementfabrik Saturn bei Brunsbütte (Loos) ist eine größere Anzahl Maurer beschäftigt, die den sonst an Orte gezahlten Lohn von 60 Pfa. nicht erhalten. Nach einigen Stränden sah sich die Direktion aber doch genötigt, dem Verlangen der Organisation zu genügen und den Lohn von 52 auf 60 Pfa. zu erhöhen.

In Jauer (Schl.) wurde am Sonnabend allen Mauern, Zimmerern, Bauarbeitern, inklusive Polierern, gekündigt. Auch die Unorganisierten blieben von der Kündigung nicht verschont.

In der gestrigen Berichtigung muß es heißen: 10 Pfa. bis 1 M. pro Tag.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie.

Am Pirnaer Sandsteingebiet sind am 7. April 550 Steinmeger, Brecher und Zubehörer in den Streik getreten. Die Unternehmer wollten nur unbedeutende Zulagen gewähren. Auch lehnten sie es ab, mit dem „besolbten“ Vertrauensmann der Steinarbeiter weiter zu verhandeln. Die Unternehmer gehören dem sächsischen Industriellenverband an. Der Direktor dieser

Vereinigung, Grilner-Dresden, war auch nicht in der Lage, einen Ausgleich herbeizuführen.

Im Streit stehen auch die Pfistersteinmacher der Firma Peter Schöy in Wittweida. Mit zwei Firmen in Reichenbach (Sachsen) konnte für die Granitsteinmeger ein umfangreicher Tarif abgeschlossen werden.

Tarifabschluss der Tabakarbeiter in der Großhauksgesellschaft.

Die Lohnbewegung in den Zigarrenfabriken der Großhauksgesellschaft Deutscher Konsumvereine ist beendet. An Stelle der alten drei Verträge ist ein Einheitsvertrag getreten, der am 11. April d. J. in Kraft tritt und Gültigkeit hat für die drei Betriebe in Hamburg, Frankenberg i. S. und Gockenheim i. B. Der Tarif ist auf drei Jahre abgeschlossen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 1/2 Stunden mit der Bestimmung, daß die tägliche Arbeitszeit nicht über 12 Stunden betragen darf. Die Akkordlöhne pro Wille sind um 20 Pfa. bis 2,25 M. erhöht mit Anerkennung eines Minimallohnes von 8,30 M. für Frankenberg und Gockenheim und 12 M. für Hamburg. Ueber 18 Jahre alte Hilfsarbeiter erhalten in den Betrieben Frankenberg und Gockenheim Wochenlöhne von 18 bis 23 M. und Stundenlöhne für Leberstunden von 50 Pfa., in Hamburg Wochenlöhne von 22 bis 26 M. und Stundenlöhne für Leberstunden von 70 Pfa. Die Löhne der Zurückgebliebenen im Hamburger Betriebe betragen nunmehr 12 bis 15,50 M. pro Woche. Von der Großhauksgesellschaft werden die Beiträge für Alters- und Invalidenversicherung ganz gezahlt. Außerdem wurde die Einrichtung getroffen, daß alle Arbeiter, die länger als zwei Jahre in diesen Genossenschaftsfabriken arbeiten, unter Zahlung ihres im Vorjahre durchschnittlich verdienten Wochenlohnes in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September Sommerferien auf die Dauer von einer Woche erhalten.

Die so geschaffenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsarbeiter sind natürlich ein gut Teil besser als die Verhältnisse in Privatbetrieben. Für die Arbeiterschaft besteht nun aber auch die moralische Verpflichtung, ihren Bedarf dort zu decken, wo Genossenschaftsfabrikate geflößt werden, damit die Großhauksgesellschaft auch dauernd in der Lage ist, den bei ihr tätigen Arbeitern Beschäftigung zu geben.

Ausland.

Zum Streit der Seelente in Marseille.

Nach Berichten aus Marseille soll der Ausstand im Abklingen begriffen sein. Die Drohung, daß das Marineministerium die eingeschriebenen Seelente der letzten Altersklasse erforscherlichfalls unter die Fahne einberufen werde, habe sichtlich gewirkt. Der Pariser revolutionäre allgemeine Arbeiterverband hat seinen Sekretär nach Marseille geschickt, um die Streikbewegung zu führen. Außerdem hat die Marceiller Vereinigung der Arbeitersyndikate beschlossen, Sonntag vormittag große Protestversammlungen abzuhalten, doch glaubt man in Regierungskreisen, daß alle Versammlungen der Streikführer nunmehr vergeblich bleiben werden. Unterstaatssekretär Chéron ist gestern nach Paris zurückgekehrt. Er äußerte sich dahin, daß die getroffenen Maßnahmen genügt, um den Dienst aufrecht zu erhalten; er sei überzeugt, daß die Ausständigen nur infolge starken Druckes von Bord gegangen seien. Chéron verbot den Behörden, Anordnungen der Ausständigen zu empfangen, bevor die Arbeit wieder aufgenommen sei, und ist der Ansicht, daß das nur eine Frage von Tagen sei.

Demgegenüber hat eine Versammlung der eingeschriebenen Seelente einen Beschluß gefaßt, in dem erklärt wird, die Lage könne sich erst ändern, wenn Chéron abgereist sei. Die Delegierten der Arbeitersyndikate haben entschieden, daß die Arbeit, falls die eingeschriebenen Seelente nicht bis Montag Genugtuung erhalten, am Montag vollständig eingestellt werden soll.

Die Marceiller Handelsmarine verurteilte kritische Lage in Oafen und in der Stadt dargestellt und die absolute Wiederherstellung der Disziplin unter den eingeschriebenen Seelenten und die Achtung vor dem Gesetze als eine unabwiesbare Notwendigkeit bezeichnet werden.

Parteiversammlung

des 12. und 13. Reichstagswahlkreises.

Gestern Abend fand im Volkshause eine gut besuchte Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises statt, die sich in erster Linie mit dem Bericht des Wahlkomitees beschäftigte. Im Auftrage der Kommission berichtete Genosse Börner: Wie in früheren Jahren, so soll auch in diesem Jahre vor dem 1. Mai ein Flugblatt verbreitet werden, das zur regen Beteiligung an der Demonstration auffordert. Am Vormittag des 1. Mai sollen in verschiedenen Stadtteilen Versammlungen abgehalten werden, in denen nur kurze instruktive Referate gehalten werden. Die in früheren Jahren eingeführte Kontrolle der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder wird bei der diesjährigen Wähler in derselben Weise ausübt. Nach den Versammlungen findet der Demonstrationsumzug, der sich nach Südwest bewegt, statt, jedoch werden Musikkapellen im Zuge nicht mitzuführen. In Südwest finden sodann fünf Versammlungen statt, vier unter freiem Himmel und eine in der Halle. In diesen Versammlungen sind die Genossen Dittmann-Söllingen und Diehmann-Spann als Redner gewonnen. Im übrigen ist das Arrangement des Festes ähnlich wie in den Vorjahren. Der Arbeiter-Sängerbund wird das Fest verschönern, es wird ein Konzert veranstaltet usw.

Die Versammlung stimmt den Vorschlägen des Komitees ohne Debatte zu.

Ueber die Bildung eines Bezirksfonds zur Unterstützung von Malausgeperrten referierte Genosse Lipinski: Den Beschlüssen des Leipziger Parteitages und des Gewerkschaftskongresses in Hamburg gemäß, soll für Leipzig und Umgegend von der sozialdemokratischen Partei des 12. und 13. Reichstagswahlkreises ein Gewerkschaftsmitglied in gemeinsamer Fonds zur Unterstützung von Malausgeperrten gegründet werden. Dem Fonds können sich die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder des 12. und 13. Reichstagswahlkreises, sowie der im wirtschaftlichen Zusammenhang mit Leipzig stehenden Orte anschließen. Zu diesem Fonds hat jeder gewerkschaftlich oder politisch Organisierte im April jeden Jahres einen Beitrag zu leisten, der für männliche Mitglieder 20 Pfa., für weibliche Mitglieder 10 Pfa. beträgt. Die Verwaltung des Fonds geschieht durch einen Ausschuss von fünf Personen. Die Bestimmungen sollen in Kraft treten, nachdem auch das Gewerkschaftsstatut den Beschlüssen zugestimmt hat. Die bisherige Malfondskommission wird aufgelöst.

Genosse Köhler gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Frage in dieser Weise geregelt wird, worauf die Parteiversammlung der Vorlage einstimmig ihre Zustimmung gibt.

In den Ausschuss des Bezirksfonds werden gewählt die Genossen Ruffel und Schrörs, als Vorsitzender wird Genosse Lipinski, als Kassier Genosse Kutz gewählt. Das Gewerkschaftsstatut wählt ebenfalls Mitglieder in den Ausschuss.

Genosse Lipinski referierte sodann über die Wahl der Auserwählungskommission: Da das im Jahre 1908 geschaffene Auserwählungsgesetz besondere Überwachungsbestimmungen nicht enthält, ist von verschiedenen Parteien zum Ausdruck gebracht, daß die Überwachung durch die Genossen eine nachhaltige sein muß. Partei und Gewerkschaften haben sich dahin geeinigt, eine Auserwählungskommission der bisher bestehenden Kommission in dem Sinne vorzunehmen, daß in jedem Drittel eine Vertrauensperson gewählt wird, die die Aufgabe hat, allen Fällen, die ihr